



iran-report

Nr. 09/2006

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Krieg im Libanon - Auftrieb für Radikalislamisten / Ehemaliger Studentenführer im Gefängnis gestorben / Regierung klagt Zeitungen an / Tageszeitung Schargh soll ihren verantwortlichen Redakteur feuern / Sorousch durfte nicht reden / Westliche Fremdworte sollen aus dem Vokabular entfernt werden / Landesweite Kampagne gegen Parabolantennen / Verein zur Verteidigung der Menschenrechte verboten / Kulturforscher Djahandeyglu soll im Fernsehen als Spion vorgeführt werden / Schriftstellerverband besorgt über zunehmende Repressionen / Holocaust-Karikaturen in Teheran ausgestellt

II. Wirtschaft

Anstieg der Auslandsschulden trotz höherer Öleinnahmen / Rumänische Ölplattform im Persischen Golf besetzt / Erdgasleitung Iran-Türkei geriet in Flammen / Washington verlängert Sanktionen gegen Iran / USA bestrafen sieben Firmen wegen Waffenhandels mit Iran / Irak viert größter Absatzmarkt für iranische Waren / Acht Polizisten bei Kämpfen mit Drogenschmugglern getötet

III. Außenpolitik

Der Atomkonflikt eskaliert / Großes Manöver gestartet / Perez fordert von der EU mehr Härte gegen Iran / Fokus 1-TV: Iraner waren unter getöteten Hisbollah-Kämpfern / USA verhindern iranische Raketenlieferung nach Syrien / Ex-Generäle fordern Bush zu Kurswechsel in Nahost-Politik auf / Iran will Nahen Osten ohne Einmischung von USA und Briten / Arabische Medien greifen Iran an / Standort für Abfangraketen in Europa / US-Armee - Keine Hinweise auf iranische Aktivitäten im Irak / USA verweigern Dutzenden Iranern die Einreise



Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung.

Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar.

Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 10/2006 Anfang Oktober) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im August 2006

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Heinrich-Böll-Stiftung

lorenz@boell.de

Fax: 030-285 34 - 494

Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Annette Maennel

5. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung

Hackesche Höfe

Rosenthaler Str. 40/41

10178 Berlin

Tel: 030-285 34 - 0

Fax: 030-285 34 - 109

Email info@boell.de

www.boell.de



I. Innenpolitik

Krieg im Libanon - Auftrieb für Radikalislamisten

Der Libanon-Krieg hat Radikalislamisten in Iran neuen Auftrieb verliehen. Voller Euphorie rief Revolutionsführer Ali Chamenei zum Jahrestag der „Berufung Mohammeds zum Propheten“ vor einer Massenversammlung, bei der auch die gesamte Staatsführung anwesend war: „Die Gründung eines islamischen Staates ist die Lösung für alle Probleme der gesamten islamischen Welt.“ Die Erfahrung zeige, dass man die Politik und die Führung des Staates niemandem überlassen könne als der islamischen Geistlichkeit.

Chamenei kritisierte jene „abwegige Sichtweise“, die die Trennung von Islam und Politik fordere. Es gäbe Menschen, die an den Islam glauben, ihn aber vom Staat trennen wollen und andere, die „den Islam auf die Politik einschränken wollen und dabei Ethik und Moral vergessen“, sagte er. Dabei seien Islam, Staat, Ethik und Moral voneinander untrennbar. Dies sei die Grundlage für einen wirklichen islamischen Staat. Iran sei heute ein Vorbild für die gesamte islamische Welt. Ein Gottesstaat wäre unangreifbar. Auch im Libanon-Krieg habe man sehen können, dass der Islam, wenn er die Grundlage der Politik bilde, jeden Feind besiegen könne.

In diesem Sinne schickte Chamenei auch einen Brief an den Hisbollah-Führer, den „höchst liebenswerten Glaubenskrieger“, Scheich Nasrollah. „Seien Sie und alle Brüder der Hisbollah gegrüßt“, heißt es dort. „Das, was Sie mit Ihrem Kampf und Widerstand der islamischen Gemeinde geschenkt haben, ist für mich unbeschreiblich.“

Dieser Kampf habe abermals bestätigt, dass moderne Waffen gegen den Glauben nichts ausrichten können und dass ein Volk mit einem festen Glauben niemals vor unterdrückerischen Mächten kapitulieren werde. „Ihr Sieg war ein Sieg des Islam. Sie konnten den Beweis erbringen, dass der Glaube, der Krieg für Gott, die Opferbereitschaft gepaart mit Vernunft und Klugheit weit stärker sind als moderne Waffen, Kampfflieger, Kriegsschiffe und Panzer.“

Die Hisbollah habe das zionistische Regime besiegt, dessen Armee lächer-

lich gemacht und deren Verwundbarkeit vor aller Welt demonstriert. Sie habe den arabischen Völkern ihre Würde, die Jahrzehnte lang verletzt wurde, zurückgegeben. Sie habe den Feind entlarvt. „Die erbarmungslose Vernichtung der Zivilbevölkerung, das Blutbad an unschuldigen und wehrlosen Frauen und Kindern, die Zerstörung tausender Häuser und Heime, die Vertreibung zehntausender Familien und die Zerstörung der Infrastruktur hat das wahre Gesicht des verhassten zionistischen Regimes entlarvt.“ Man habe abermals sehen können, wie „verlogen, zynisch und heuchlerisch das Gerede von Menschenrechten“ sei.

Chamenei empfahl den Muslimen, wachsam zu sein, denn Verschwörungen seien im Gang und die müssen vereitelt werden. Der Brief endet mit dem Satz: „Ich grüße euch Brüder, tapfere Glaubenskämpfer, ich küsse eure Arme und Hände.“

Der Waffenstillstand zwischen Israel und der Hisbollah wurde tagelang und landesweit als großer Sieg gefeiert. Ohne es offen auszusprechen, fühlt sich die iranische Staatsführung mit als Sieger und dies nicht zu Unrecht. Denn die Hisbollah ist bekanntlich Irans Zögling und ohne die Unterstützung aus Teheran hätte sie gegen die israelische Invasion nichts ausrichten können. Das geben auch ihre Führer zu und sie machen kein Geheimnis daraus, dass sie sich auch ideologisch an dem iranischen Gottesstaat orientieren.

Zweifelloos hat der Libanon-Krieg, wie zuvor die Kriege gegen Afghanistan und den Irak, die iranische Position gestärkt. Inzwischen wird die Islamische Republik nicht nur von breiten Massen in der islamischen Welt als eine regionale Großmacht betrachtet. Es scheint, dass selbst der Westen Wohl oder Übel dem Land eine solche Rolle einräumt. Doch je mehr es dem Regime gelingt, seine Position international zu festigen, umso mehr ist es in der Lage, seinen Willen dem Volk aufzuzwingen und Kritiker zum Schweigen zu bringen. Unsere Berichte über die innenpolitische Lage und über die Zunahme der Repressionen machen den direkten Zusammenhang zwischen außenpolitischen Vorgängen und Innenpolitik deutlich.

**Ehemaliger Studentenführer im Gefängnis gestorben**

Der 34 Jahre alte ehemalige Studentenführer Akbar Mohammadi starb am 31. Juli nach einem neuntägigen Hungerstreik im Teheraner Evin-Gefängnis.

Dass er zuvor gefoltert wurde, war sowohl seinem Anwalt als auch seinen Eltern bekannt. Zwei Tage vor seinem Tod sagte sein Vater in einem Interview mit dem persischsprachigen Sender im Ausland, Radio Farda, er habe die große Befürchtung, sein Sohn werde die Misshandlungen nicht überstehen. Mit dem Hungerstreik hatte er gegen die unzureichende medizinische Behandlung eines Rückenleidens protestiert.

Mohammadi gehörte zu jenen zahlreichen Demonstranten, die im Sommer 1999 bei den Studentenunruhen in Teheran festgenommen wurden. Er wurde zunächst zum Tode verurteilt, das Urteil wurde jedoch später auf 15 Jahre Gefängnis abgemildert. Nach Angaben einer iranischen Menschenrechtsgruppe starb er nach einem Herzschlag. Die Verwaltung des Evin-Gefängnisses hatte erklärt, Mohammadi sei medizinisch angemessen behandelt worden.

Inzwischen hat die EU von Teheran eine unabhängige Untersuchung des Todes gefordert. Die Europäische Union sei ernsthaft besorgt über die Lage iranischer Menschenrechtsaktivisten, erklärte die finnische EU-Ratspräsidentschaft am 24. August. Die Umstände um den Tod Mohammadis seien unklar. Man frage sich, ob er während seines Hungerstreiks medizinisch angemessen behandelt worden sei. Die EU unterstrich, Berichten zufolge habe Mohammadi keinen fairen Prozess gehabt und sei nicht korrekt behandelt worden.

Regierung klagt Zeitungen an

Irans Regierungssprecher Gholam Hussein Elham hat in einem Schreiben an den Teheraner Staatsanwalt Said Mortazawi einige Zeitungen, die die Wirtschaftspolitik der Regierung kritisiert haben, angeklagt. Er forderte den Staatsanwalt auf, jene Zeitungen gerichtlich zu verfolgen, die die „makellose und saubere Regierung zu besudeln versuchen“.

In dem Schreiben, das am 19. August veröffentlicht wurde, heißt es, eine Zeitung erlaube sich in einem Artikel

den Staatspräsidenten, der „im In- und Ausland wegen seiner korrekten und finanziell sauberen Haltung gerühmt wird, Vorwürfe zu machen“ und auf einer Internetseite werde durch Verbreitung falscher Informationen gleich die ganze Regierung „als korrupt“ dargestellt.

Elham zitiert in seinem Schreiben Sätze wie: „Übereilte Abzweigung von Geldern aus der Staatskasse und deren Weiterleitung in die Kassen mancher Provinzen“, „dubiose Finanzhilfen für gewisse nichtstaatliche Organisationen“, „Schließung juristisch unhaltbarer Verträge“, „Entziehung der Rechnungshof-Kontrolle über einen beachtlichen Teil des Haushalts“, „Einsatz von Mitteln aus dem Staatshaushalt für Wahlen“.

Elham nennt keine bestimmte Zeitung, aber aus den Zitaten geht hervor, dass er unter anderem die Wirtschaftszeitung „Sarmayeh“ und die Internet-Zeitung „Baztab“ meint

Solche Vorwürfe beruhen nach Meinung Elhams auf gefälschten Informationen. Der Regierungssprecher betont, dass der Regierung nicht erlaubt sei, „auch nur einen Heller aus der Staatskasse zu entwenden“ und fragt den Staatsanwalt, ob er diese Vorwürfe gleichgültig hinnehmen könne.

Tatsächlich wird seit der Amtsübernahme der Regierung Ahmadinedschad die Wirtschaftspolitik mehr und mehr unter die Lupe genommen und von Sachverständigen, Unternehmern und Privatbanken kritisiert.

Es ist das erste Mal, dass die Regierung offiziell die Justiz gegen ihre Kritiker anruft. Die ungewöhnliche Art, die Justiz durch ein öffentliches Schreiben anzurufen und keine Namen zu nennen, deutet darauf hin, dass das Schreiben als Vorwarnung für die gesamte Presse gemeint ist.

Staatsanwalt Said Mortazawi, der inzwischen als „Pressekiller“ zu Berühmtheit gelangt ist, nahm zu dem Schreiben Elhams öffentlich Stellung. Im Iran sei die Presse völlig frei und niemand werde daran gehindert, die Regierung zu kritisieren. Aber es gäbe einen großen Unterschied zwischen Kritik und Denunzierung. Er kündigte die Verfolgung aller Zeitungen an, die den Namen der Regierung durch Lügen und falsche Informationen besudeln wollen.

**Tageszeitung Schargh soll ihren verantwortlichen Redakteur feuern**

Das Gremium zur Kontrolle der Presse hat die Tageszeitung Schargh aufgefordert, innerhalb eines Monats ihren verantwortlichen Redakteur zu feuern. Nach dreimaliger Untersuchung der Akte der Zeitung und siebzig Warnungen sei es zu der Entscheidung gelangt, dass der jetzige Redakteur entlassen und durch einen neuen ersetzt werden müsse, der mehr auf den Inhalt der Zeitung und Gesetze und Vorschriften achte.

Die seit drei Jahren erscheinende Tageszeitung Schargh steht den Reformern nahe. Sie gehört zu den wenigen übrig gebliebenen liberalen Blättern. Ihr verantwortlicher Redakteur ist Mehdi Rahmadian. Rahmadian war zuvor zehn Jahre lang als Stellvertreter des Gouverneurs der Provinz Golestan für Politik und Fragen der Sicherheit zuständig.

Das Kontrollgremium erklärte, Schargh habe in ihrem dreijährigen Erscheinen „verderbliche und spalterische“ Tendenzen gezeigt, religiöse und politische Persönlichkeiten beleidigt und den Beschlüssen des Nationalen Sicherheitsrates zuwidergehandelt. Das Gremium habe zwar von einem Verbot der Zeitung abgesehen, weil es der Presse keinen Schaden zufügen wolle, behalte sich jedoch diese Möglichkeit vor.

Die Anweisung stieß bei dem Parlamentsabgeordneten Nuschabadi auf Widerspruch. Das Kontrollgremium habe nur eine Beobachterfunktion und sei nicht dazu befugt, Anweisungen und Befehle zu erteilen, sagte Nuschabadi. Es könne lediglich Empfehlungen aussprechen. Die Entlassung eines Herausgebers könne allein durch ein Gerichtsurteil erzwungen werden.

Schargh hat bereits eine Akte beim Gericht liegen, auch wurden einige Anzeigen gegen die Zeitung erstattet, die noch nicht bearbeitet worden sind. Die Zeitung wurde bereits einmal für acht Tage verboten, ein anderes Mal wurde sie zu einer Geldstrafe verurteilt.

Sorousch durfte nicht reden

Der international bekannte iranische Philosoph und Islamwissenschaftler Abdolkarim Sorousch, der zu den populärsten Islam-Reformern Irans gehört, musste wegen massiver Drohungen seinen für den 18. August geplanten Vortrag absagen. Er sollte der Hauptredner einer Tagung über „Religion und Modernität“ in Teheran sein. Doch wenige Stunden vor seinem Auftritt forderten Geheimdienste die Veranstalter auf, Sorouschs Beitrag aus dem Programm zu nehmen. Er solle zu Hause bleiben, denn sein Leben sei in Gefahr. Gleichzeitig wurden bereits vor Beginn der Veranstaltung Schlägertruppen beobachtet, die sich vor dem Tagungsort versammelt hatten. Auch um das Haus des Philosophen wurde eine Gruppe gesichtet. Sorousch sagte seine Teilnahme ab, schickte jedoch eine Botschaft an die Tagung, die er von seinem Sohn vortragen ließ.

Die Tagung, an der namhafte Reformer und Islamwissenschaftler, auch aus dem Ausland, teilgenommen hatten, hatte ungewöhnlich hohen Zulauf bekommen. Die Veranstalter gaben die Teilnehmerzahl mit mehr als 1500 an.

Westliche Fremdworte sollen aus dem Vokabular verbannt werden

Präsident Ahmadinedschad will die persische Sprache von westlichen Wörtern reinigen. Einem in der Presse veröffentlichten Dekret zufolge soll ein Helikopter künftig als Gerät mit „drehbaren Tragflächen“ umschrieben werden. Anstelle von Pizza soll in der Islamischen Republik nur von „dehnbarem Laib“ gesprochen werden. Alle offiziellen Dokumente, Schulbücher und Zeitungen wurden aufgerufen, diese Regeln umzusetzen. Die neuen Bezeichnungen kreierte die Akademie Farhangestan – Sprachhüter des Landes.

Tatsächlich gibt es in der persischen Alltagssprache, aber auch in den Bereichen Technik und Wissenschaft eine ganze Menge von Lehnwörtern aus dem Englischen und Französischen, für die in den letzten Jahren teilweise recht gut geglückte persische Synonyme gefunden worden sind. Aber weit mehr als mit westeuropäischen Sprachen ist die persische Sprache mit arabischen Wörtern und Begriffen durchsetzt. Doch dies scheint die Islamisten weniger zu stören.

**Landesweite Kampagne gegen Parabolantennen**

Seit Anfang August ist eine landesweite Kampagne zum Einsammeln von Parabolantennen im Gange. Die Nutzung von Parabolantennen ist bereits seit Jahren ein Thema, das oft zu heftigen Auseinandersetzungen geführt hat. Für Millionen Bürgerinnen und Bürger ist die Parabolantenne das Tor zur Außenwelt, zu Informationen und Analysen, zu Unterhaltungssendungen, die ihnen Spaß machen. Aber genau dies wollen die Islamisten verhindern.

Gesetzlich ist die Nutzung von Parabolantennen verboten. „Produktion, Import, Lagerung, Verkauf, Installation und Nutzung von Parabolantennen sind untersagt. Zuwiderhandlungen werden bestraft“, heißt es in einem Gesetz von 1994.

Das Gesetz wurde jedoch bisher weitgehend von der Bevölkerung ignoriert. Gelegentliche Hausdurchsuchungen blieben erfolglos, denn sobald sie stattfanden, lief die Nachricht wie ein Lauffeuer durch den gesamten Bezirk, die Antennen wurden versteckt und sobald die Gefahr vorüber war, neu installiert.

Das war auch den Verantwortlichen bekannt. Um die Zuschauer an das heimische Fernsehen zu locken, versuchten sie die Programme des staatlichen Fernsehens unterhaltender zu gestalten. Aber auch dieser Versuch konnte die meisten Zuschauer nicht davon abhalten, ausländische Sender einzuschalten. Längere Zeit hindurch schien es, als habe sich das Regime allmählich mit der Tatsache abgefunden, dass die Leute ausländische Programme vorziehen. Immerhin hatten die Antennen für das Regime den Vorteil, dass sie den Unzufriedenen eine Möglichkeit zur Flucht aus ihrem unerträglichen Dasein boten und sie dadurch von „dummen Gedanken“ abhielten.

Mit der Machtübernahme Ahmadinedschads begann erneut die Diskussion um die Parabolantennen. Seit Anfang August sind die Ordnungskräfte dabei, die Antennen einzusammeln. Immer wieder werden Straßen einzelner Wohnviertel abgesperrt und die Antennenschüsseln von den Dächern heruntergeholt. Viele Familien haben ihre Antennen bereits abmontiert und versteckt.

Die Aktion stößt auf Widerspruch, nicht allein im Volk, sondern auch im islamischen Lager. Selbst einige konservative Parlamentsabgeordnete sind der Auffassung, dass die Zeiten, in denen man solche Maßnahmen durchsetzen konnte, vorbei seien.

Verein zur Verteidigung der Menschenrechte verboten

Der Verein zur Verteidigung der Menschenrechte, dem die Friedensnobelpreisträgerin Schirin Ebadi vorsitzt, wurde am 3. August verboten. Der für Parteien und Vereine zuständige Ausschuss erklärte, der Verein sei illegal. Vereinsmitglieder, die ihre Aktivitäten in diesem Rahmen fortsetzen, würden gerichtlich verfolgt. Der Ausschuss setzt sich zusammen aus einem Staatssekretär des Innenministeriums, zwei Vertretern der Justiz und zwei Abgeordneten des Parlaments. Zurzeit ist er ausschließlich von Konservativen besetzt.

Die internationale Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch bezeichnete das Verbot als Versuch, Friedensnobelpreisträgerin Ebadi zum Schweigen zu bringen. Die Organisation erinnerte in einer Stellungnahme die iranische Regierung daran, dass Iran als Unterzeichner der Menschenrechtskonvention verpflichtet sei, die Rechte der Bürger zu achten, wozu auch das Recht der Versammlung und der Bildung von Organisationen gehöre.

Ebadi selbst protestierte gegen die Entscheidung der Regierung und meinte, der Verein bedürfe keiner besonderen Erlaubnis, denn das Recht der Vereins- und Parteienbildung und deren Aktivitäten im Rahmen bestehender Gesetze sei durch die Verfassung gesichert. Außerdem habe der Verein eine provisorische Genehmigung erhalten und die geforderten Veränderungen bei den Statuten vorgenommen, ohne aber eine Antwort vom Innenministerium zu erhalten. Erst jetzt habe das Ministerium darauf verwiesen, dass der Verein keine Arbeitserlaubnis habe und daher illegal sei.

Der Verein wurde 2002 von Ebadi, die vom Beruf Anwältin ist, und einigen ihrer Kolleginnen und Kollegen, die vorwiegend Dissidenten verteidigen, gegründet. Ziel des Vereins war, die Menschenrechte, insbesondere die Rech-



te von politisch Verfolgten zu verteidigen.

Das Verbot erfolgte ironischerweise am 100. Jahrestag der konstitutionellen Revolution, mit der zum ersten Mal die Bildung einer Volksvertretung durch freie Wahlen erzwungen wurde.

Kulturforscher Djahandeyglu soll im Fernsehen als Spion vorgeführt werden

Der international renommierte Kulturforscher Ramin Djahanbeyglu soll im staatlichen Fernsehen als Spion und CIA-Agent vorgeführt werden.

Der Teheraner Staatsanwalt Dorri Najafabadi teilte am 17. August der Presse mit, „die Geständnisse“ Djahanbeyglus seien auf Video aufgezeichnet. Djahandeyglu habe einer möglichen Ausstrahlung des Video-Films durch das Fernsehen zugestimmt. Ob die Aufzeichnung tatsächlich gesendet werde, sei eine andere Frage, über die noch nicht entschieden worden sei.

Wie es scheint, soll die bereits vor Jahren erprobte Methode, Intellektuelle öffentlich im Fernsehen zu denunzieren, wieder aufgenommen werden. Es gab sogar Fernsehserien, in denen Woche für Woche populäre, kritische Schriftsteller, Künstler und andere Intellektuelle als „Verderber“ präsentiert wurden, die dabei seien, den Islam und die nationale Kultur zu unterwandern. Die Äußerungen des Teheraner Staatsanwalts deuten daraufhin, dass die seit der Machtübernahme der Radikalislamisten um Ahmadinedschad begonnenen Repressionen gegen Kulturschaffende noch weiter verschärft werden sollen.

Djahanbeyglu wurde im Mai dieses Jahres vor seinem Abflug ins Ausland auf dem Teheraner Flughafen festgenommen. Erst nach Tagen gab die Justiz bekannt, er sei wegen Kontakten zu „ausländischen Elementen“ und des Verdachts auf Spionagetätigkeit in Haft genommen worden. Zwei Monate später erklärte Geheimdienstchef Mohseni Ejeji, bei den Verhören habe sich herausgestellt, dass Djahanbeyglu von den USA den Auftrag erhalten habe, „eine sanfte Revolution“ im Iran zu organisieren.

Djahanbeyglu ist seit seiner Festnahme völlig von der Außenwelt isoliert. Weder sein Anwalt noch seine Familie

haben bisher die Erlaubnis erhalten, ihn zu besuchen. Die Erfahrung zeigt, dass Gefangene, die längere Zeit in der Isolation leben, allmählich den Willen zum Widerstand aufgeben und bereit sind, falsche Geständnisse, die die Folterer von ihnen verlangen, abzulegen.

Schriftstellerverband über Zunahme von Repressionen besorgt

„Die aktuellen Nachrichten und die Informationen über die Pläne der Regierung zeugen von einer für alle Bereiche der Kunst und Kultur höchst schädlichen Politik und lassen befürchten, dass die iranische Kultur schlimmen Zeiten entgegen geht“, heißt es in einer öffentlichen Erklärung des iranischen Schriftstellerverbandes vom 16. August. „Die Zensur der Literatur und Presse, die Filterung von Internet-Seiten, die Einsammlung von Parabolantennen und die Zensur von Film und Theater werden von Tag zu Tag verschärft.“

Der Verband zeigt sich zutiefst besorgt und warnt die Initiatoren dieser Politik davor, sich nie mehr von der „Schande, die geistige und kulturelle Entwicklung der lebenden Generationen verhindert und das iranische Kulturerbe gefährdet und in den Abgrund geführt“ zu haben, reinwaschen zu können.

Der Verband ruft „alle Freunde der Kunst und Kultur“ auf, sich „angesichts der katastrophalen Lage“ gegen die neuen, „zerstörerischen Angriffe zur Wehr zu setzen“.

Holocaust-Karikaturen in Teheran ausgestellt

Die seit Anfang des Jahres angekündigte internationale Ausstellung von Holocaust-Karikaturen wurde am 14. August in Teheran eröffnet. Die Ausstellung ist eine Reaktion auf die im vergangenen Herbst von der dänischen Zeitung „Iyllands Posten“ veröffentlichten Mohammed-Karikaturen, die später von zahlreichen Blättern in Europa nachgedruckt wurden. Die Aktion, die damals von Millionen Muslimen als Provokation und verletzend empfunden wurde, löste weltweit zum Teil gewaltsame Proteste aus.



„Wir wollen herausfinden, wo für den Westen die Meinungsfreiheit endet“, sagte der Direktor des iranischen Karikaturistenverbands, Masud Schodschai Tabatabai. Die 240 ausgestellten Karikaturen sind eine Auswahl aus einem Wettbewerb, den die in Teheran erscheinende Tageszeitung Hamschahri im Februar ausgeschrieben hatte. Der Geistliche Mohammad Reza Zaeri, Chefredakteur der Zeitung, sagte bei der Ankündigung des Wettbewerbs, es sei nicht beabsichtigt, jemanden anzugreifen oder zu verunglimpfen. Es gehe einzig darum, die Wahrheit herauszufinden. „Der Westen ist davon überzeugt, dass es den Holocaust gegeben hat. Nehmen wir an, es sei tatsächlich so gewesen. Aber es muss doch uns erlaubt sein, darüber zu forschen und zu reden.“

Ursprünglich sollte die Ausstellung unter dem Motto: „Wo liegen die Grenzen der Meinungsfreiheit?“ stattfinden, später hat man sich für „Holocaust“ entschieden. An dem Wettbewerb hatten 1195 Karikaturisten aus 61 Ländern teilgenommen. Ausgestellt sind die Karikaturen im Teheraner Palästina-Museum. Das Gebäude steht neben der Botschaft der palästinensischen Autonomiebehörde. Hier war vor der iranischen Revolution 1979 die israelische Botschaft untergebracht.

Die Ausstellung wird bis zum 13. September zu sehen sein. Am Ende sollen die Sieger gekürt werden. Der erste Preis ist mit 12 000 Dollar, der zweite mit 8 000 und der dritte mit 6 000 Dollar dotiert. Eine zusätzliche Prämie erhalten die Sieger von der Zeitung Hamschahri. Eröffnet wurde die Ausstellung von Saffar Harandi, Minister für Kultur und islamische Führung. Unter den ausländischen Gästen befanden sich auch die Botschafter Libanons und Palästinas.

„Sie können über den Propheten schreiben, was sie wollen, aber wenn jemand den Holocaust in Zweifel zieht, muss er eine Strafe bezahlen oder ins Gefängnis“, sagte Schodschai in Bezug auf den vom Westen entfachten „Karikaturenstreit“.

Zu den Karikaturisten, die an dem Wettbewerb teilnahmen, gehören auch einige aus Deutschland, den USA, Italien, Großbritannien, Frankreich und Dänemark. Die Idee einer Ausstellung über den Holocaust sei weltweit begrüßt worden, sagte Schodschai. Die

Teilnahme international bekannter Karikaturisten wie Carlos Tetuf aus Brasilien, Alexandro Gato aus Italien oder Mat Giur aus den USA zeige, wie hoch die Qualität der ausgestellten Werke sei.

Ein Beispiel für die Qualität der Karikaturen liefert die Zeichnung eines aus Indonesien stammenden Künstlers. Sie zeigt die New Yorker Freiheitsstatue. Die Freiheitsgöttin hält in der linken Hand ein Buch über den Holocaust. Die andere Hand ist zum Hitlergruß erhoben.

Indes hat Israel die Ausstellung scharf verurteilt. Auch jüdische Verbände und der Bürgermeister von Paris schlossen sich dem Protest an. Israels Regierungssprecher Gideon Meir rief andere Staaten dazu auf, ihre Empörung über die „antisemitische und unmenschliche Veranstaltung“ zum Ausdruck zu bringen. Die Leitung des Yad Vashem Holocaust Museums bezeichnete die Ausstellung als „schreckliche Propaganda“, die die Leugnung des Massenmords der Nazis an den Juden unterstütze. Zudem mache die Schau den Weg dafür frei, den Genozid an den Juden zu rechtfertigen. Auch Vertreter jüdischer Verbände in Deutschland und Russland forderten Moslems weltweit dazu auf, die judenfeindlichen Darstellungen zu verurteilen.

Der Pariser Bürgermeister Bertrand Delanoë schrieb in einem Brief an den iranischen Botschafter, die Veranstaltung mache sich über die Tragödie der Schoah lustig und sei eine neue antisemitische Attacke unter dem Vorwand von Kunst- und Meinungsfreiheit. Der Sozialist forderte Iran dazu auf, „Vernunft und Respekt“ walten zu lassen. Gerade die derzeitige politische Lage solle alle Menschen dazu bewegen, offen für Dialog zu sein.

Presseberichten zufolge soll die bereits zweimal verschobene internationale Konferenz über den Holocaust nun im Dezember stattfinden. Bei der Konferenz, die den Titel: „Eine Studie über den Holocaust – Die globale Perspektive“ tragen wird, sollen die Gründe für den Antisemitismus in Europa und die Verbindung zwischen Holocaust und Zionismus untersucht werden. Zudem sollen die diesbezüglich vorhandenen historischen Dokumente und die Rolle der Presse untersucht werden.



II. Wirtschaft

Anstieg der Auslandsschulden trotz höherer Öleinnahmen

Die Internet-Zeitung „Roos“ setzt sich in ihrer Ausgabe vom 17. August ausführlich mit den Auslandsschulden Irans auseinander. Hier eine Zusammenfassung des Artikels:

Die nun durch die Zentralbank veröffentlichte Bilanz der Staatsfinanzen im vergangenen Jahr (März 2005 bis März 2006) zwingt viele Sachverständige zum Nachdenken und verstärkt das Gefühl, die Regierung Ahmadinedschads verfolge eine Wirtschaftspolitik, die in wichtigen Teilen den eigenen Plänen und Zielen widerspreche. Es stelle sich auch die Frage, ob man aus der praktizierten Wirtschaftspolitik den Schluss ziehen könne, dass Teheran fest mit Sanktionen und Warenknappheit rechne und dabei sei, die notwendigen Schritte für die Bewältigung eines möglichen Ausnahmezustands zu unternehmen.

Die von der Zentralbank vorgelegte Bilanz zeigt, dass die Auslandsschulden Irans, die Ahmadinedschad nach eigenen Angaben so rasch wie möglich auf Null bringen wollte, im vergangenen Jahr die Summe von 42 Milliarden Dollar erreicht haben, obwohl die Öleinnahmen in den letzten zwei Jahren ungewöhnlich hoch waren und pro Jahr rund 80 Milliarden Dollar betrugen. Verwunderlich ist auch, dass entgegen des von der Regierung angekündigten Ziels, die iranische Wirtschaft soweit wie möglich vom Ausland unabhängig zu machen, der Warenimport enorm zugenommen und damit die Auslandsschulden in die Höhe getrieben hat.

Die neuesten Daten zeigen, dass die Auslandsschulden Irans im vergangenen Jahr am Ende des dritten Quartals bei 39,9 Milliarden Dollar lagen und am Ende des letzten Quartals auf 41,9 Milliarden Dollar geklettert sind. Das bedeutet, dass die Regierung in den letzten drei Monaten des letzten Jahres trotz des Anstiegs der Öleinnahmen und trotz zusätzlicher Geldentnahme aus Devisenrücklagen, weitere zwei Milliarden Dollar Schulden gemacht hat.

Zwar sind 42 Milliarden Dollar Auslandsschulden für ein Land, das sich auf den Ölexport und hohe Deviseneinnahmen verlassen kann, nicht drama-

tisch. Aber die Mitglieder dieser Regierung gehörten zu denjenigen, die die Kreditaufnahmen zum Aufbau des Landes nach dem achtjährigen Krieg gegen den Irak als einen folgenschweren und unverzeihlichen Fehler bezeichnet hatten.

Weit wichtiger ist allerdings zu wissen, wofür diese Riesensummen ausgegeben wurden. Würde das Parlament seinen Verpflichtungen nachkommen und den Staatshaushalt genauer unter die Lupe nehmen, müssten sich die Abgeordneten vermutlich auf große Überraschungen gefasst machen, die sicherlich größer sein werden, als die Überraschung über jene 300 Millionen Dollar, die die Teheraner Stadtverwaltung während der zweijährigen Amtszeit von Ahmadinedschad als Bürgermeister ausgegeben hatte, ohne dafür Belege vorweisen zu können. Bemerkenswert ist, dass sich niemand, nicht einmal die Teheraner Stadtverordnetenversammlung dafür interessiert, in wessen Hände diese Gelder gelangt sind.

Anstieg von Auslandsschulden heißt Anstieg des Warenimports, was der Entwicklung der Inlandsproduktion und der Schaffung neuer Arbeitsplätze, die die Regierung als ihre Hauptaufgabe bezeichnete, entgegenläuft. Eine solche Politik, die enorme Summen für den Import ausgibt, anstatt sie im eigenen Land zu investieren, produktiv einzusetzen und damit für größere Beschäftigung zu sorgen, steht im krassen Widerspruch zu den Interessen des Landes.

Rumänische Ölplattform im Persischen Golf besetzt

Am 22. August haben iranische Soldaten eine rumänische Ölplattform im Persischen Golf besetzt. Gabriel Comanescu, Präsident der rumänischen Betreibergesellschaft GSP Grup, erklärte, Hintergrund sei ein seit längerem dauernder Rechtsstreit mit iranischen Firmen um die Plattform „Orizont“. Ein iranisches Kriegsschiff habe am Morgen des 22. August Schüsse abgegeben, dann sei die Plattform besetzt worden, sagte Comanescu nach Angaben des rumänischen Senders Realitatea TV.

Der rumänische Handelsvertreter in Teheran, Mircea Has, sagte, die Besetzung der Plattform sei wohlauf, jedoch werde sie mit Waffen bedroht und habe keinen Kontakt zur Außenwelt. An Bord



seien 26 Angestellte gewesen. Nun solle das rumänische Außenministerium eingeschaltet werden, um den Konflikt beizulegen.

Nach Darstellung von GSP werfen die iranischen Ölgesellschaften Petroiran und Oriental Oil Kish den Rumänen Vertragsbruch vor, weil GSP vor kurzem eine andere Ölplattform, die „Fortuna“, aus den iranischen Gewässern zurückgezogen habe. Jedoch hätten die Rumänen mit den beiden iranischen Gesellschaften hierzu keinerlei Verträge, erklärte GSP weiter. Die Firma GSP hatte die Plattformen „Orizont“ und „Fortuna“ von der Gesellschaft Oriental Oil Company aus Dubai gemietet.

Erdgasleitung Iran-Türkei geriet in Flammen

Am 19. August hat eine Explosion im Norden der Türkei ein Großfeuer an einer Gas-Pipeline ausgelöst. Durch die Pipeline wird Gas aus Iran nach Ankara transportiert. Nach Meinung der Behörden in der Provinz Agri seien Saboteure am Werk gewesen. Feuerwehrlenten gelang es, den Brand einzudämmen, erklärte der Provinzgouverneur Halil Ibrahim.

Die Explosion ereignete sich in der Nähe der Ortschaft Muratliköy. In dem Gebiet sind kurdische Rebellen aktiv, die in der Vergangenheit Anschläge auf Pipelines verübten. Die iranische Führung hat diese Woche mitgeteilt, sie habe mit Ankara eine Einigung darüber erzielt, dass das Erdgas über die Türkei auf europäische Märkte gelangen soll.

Washington verlängert Sanktionen gegen Iran

US-Präsident George W. Bush hat am 5. August Wirtschaftssanktionen gegen Iran und Libyen verlängert. Bush unterzeichnete ein entsprechendes Gesetz, das Sanktionen gegen Unternehmen oder Personen verhängt, die in den Öl- oder Gassektor der beiden Länder während eines Zeitraums von einem Jahr mehr als 40 Millionen Dollar investieren, wie das Weiße Haus mitteilte. Bush verlängerte das 1996 in Kraft getretene Gesetz „Iran an Libya Sanctions Act“ bis zum 29. September 2007.

USA bestrafen sieben Firmen wegen Waffenhandels mit Iran

Die USA haben sieben ausländische Firmen wegen Waffenhandels mit Iran auf eine schwarze Liste gesetzt. Die Firmen hätten Teheran Material geliefert, mit dem unkonventionelle Waffen gebaut werden können, teilte das Außenministerium am 5. August mit. Nach dem Gesetz darf die US-Regierung nun zwei Jahre lang keine Geschäfte mit diesen Firmen machen. Betroffen sind zwei russische, zwei indische, zwei nordkoreanische Firmen und eine kubanische Firma.

Bei den russischen Unternehmen handelt es sich um die staatliche Waffenhandelsfirma Rosoboronexport und den Flugzeughersteller Sukhoi. Insgesamt stehen auf der schwarzen Liste 33 Firmen.

Irak viert größter Absatzmarkt für iranische Waren

Während Iran und Irak Mitte August vertragliche Vereinbarungen über ihre Zusammenarbeit im Bereich der Ölinindustrie vorbereiteten, erklärte Ali Huschmandi, Stellvertretender Leiter des Amtes zur Entwicklung des iranischen Handels, Iran habe im ersten Quartal des laufenden Jahres (ab März) 15 Prozent seiner Exportwaren (außer Öl) in den Arabischen Emiraten, 8,6 Prozent in Indien und 8,4 Prozent in China abgesetzt. Der Irak stehe mit 6,2 Prozent unter den Abnahmeländern iranischer Waren an vierter Stelle. An fünfter Stelle steht Japan mit 5 Prozent.

Iran hat im ersten Quartal dieses Jahres insgesamt – Erdöl und Erdgas ausgenommen – Waren im Wert von 4,5 Milliarden Dollar exportiert. Der Export in den Irak hat in den letzten drei Jahren rapide zugenommen. Vor drei Jahren betrug er 700 Millionen Dollar, im letzten Jahr waren es bereits 1,2 Milliarden Dollar.

Auch auf dem Gebiet der Ölinindustrie ist eine rasche Entwicklung festzustellen. Der irakische Ölminister Hussein Schahrestani, der sich am 11. August zu einem offiziellen Besuch in Teheran aufhielt, erklärte vor der Presse, er habe mit seinem Amtskollegen Kazem Vasiri Hamaneh Gespräche über den Austausch von Energie und die Zusammenarbeit im Bereich der Ölin-



dustrie geführt. Iran werde aus dem Irak Rohöl kaufen und im Gegenzug Weißöl und Flüssiggas an den Irak verkaufen.

Dazu sagte Irans Ölminister Hamaneh, der Irak benötige Ölprodukte. „Wir werden täglich 100 000 Barrel Rohöl aus dem Irak kaufen und 2 Millionen Liter gereinigtes Öl in den Irak exportieren.“

Verhandelt wurde auch über die Öffnung von verschiedenen Grenzstationen und über den Transport von Öl, der durch die im Iran gebauten Tanker erfolgen soll. Die Verhandlungen sollen auf der Ebene der Staatssekretäre fortgesetzt werden. Es gehe dabei auch darum, den Bedarf Iraks an Maschinen zu decken und Fachkräfte für die Industrie auszubilden.

Acht Polizisten bei Kämpfen mit Drogenschmugglern getötet

Bei Kämpfen mit Drogenschmugglern sind in Iran mindesten acht Polizisten getötet worden, berichtete das staatliche Fernsehen am 13. August. Zudem wurden bei den Auseinandersetzungen im Südosten des Landes vier Sicherheitskräfte verletzt. Die Polizei habe dort eine groß angelegte Aktion gegen den Rauschgifthandel begonnen, hieß es weiter. In dem Gebiet kommt es immer wieder zu Zusammenstößen zwischen Drogenhändlern und den Sicherheitskräften, so wie im März dieses Jahres, bei denen 21 Menschen getötet wurden. Durch Iran führt eine der Hauptrouten für den Drogenschmuggel von Afghanistan nach Europa. Im vergangenen Jahr beschlagnahmten iranische Behörden mehr als 300 Tonnen Rauschgift.

III. Außenpolitik

Der Atomkonflikt eskaliert

Iran ist offenbar entschlossen, trotz des steigenden Drucks von außen, die umstrittene Urananreicherung fortsetzen. Bereits zwei Tage vor der für den 22. August angekündigten Stellungnahme zu dem Angebot der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats plus Deutschland, erklärte Außenamtssprecher Hamd Resa Assefi, Teheran werde sein Atomprogramm weiterführen, denn eine Aussetzung bedeute eine Rückkehr in die Vergangenheit und „steht deshalb nicht auf dem Programm der Islamischen Republik“.

Die fünf Veto-Mächte sowie Deutschland hatten Iran wirtschaftliche Anreize und gewisse Sicherheiten angeboten. Im Gegenzug sollte Teheran auf die Herstellung des atomaren Brennstoffs im eigenen Land verzichten. Damit soll verhindert werden, dass Iran mit seinem Atomprogramm auch den Bau von Nuklearwaffen verfolgt. Sollte Iran bis zum 31. August dieser Forderung nicht nachkommen, drohen ihm politische und wirtschaftliche Sanktionen. Washington schließt sogar militärische Schritte nicht aus.

Die Überprüfung des Angebotspakets sei nun abgeschlossen, sagte Assefi. Da die darin enthaltenen Vorschläge „vielschichtig“ seien, werde auch die Antwort „multidimensional“ sein. „Einige Vorschläge sind akzeptabel, andere werfen neue Fragen auf und müssen geklärt werden.“ Einfacher ausgedrückt: Teheran wird die Anreize akzeptieren, aber die Hauptforderung, auf Urananreicherung zu verzichten, ablehnen.

Wie angekündigt wurde am 22. August Irans Antwort auf das Angebot den Botschaftern Frankreichs, Großbritanniens, Russlands, Chinas, der Schweiz (die die USA vertritt) und Deutschlands in Teheran überreicht. In dem dreißigseitigen Schreiben erklärte sich Iran zu ernsthaften Verhandlungen bereit, lehnte jedoch, wie erwartet, eine Aussetzung seiner Urananreicherung ab.

„Die iranische Antwort auf das Paket ist eine umfassende Antwort, die den Weg frei machen kann für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen über ein endgültiges Abkommen“, sagte der stellvertretende Leiter der iranischen



Atomenergieorganisation, Mohammad Saidi.

Offenbar haben sich die Radikalislamisten um Präsident Mahmud Ahmadinedschad gegen die Moderaten durchgesetzt. Noch wenige Tage vor der offiziellen Stellungnahme hatte Irans Außenminister Manutschehr Mottaki Bereitschaft signalisiert, auch über eine Aussetzung der Urananreicherung zu verhandeln. „Auch wenn wir keine Logik in den westlichen Forderungen nach Suspendierung unserer nuklearen Aktivitäten sehen, können wir dieses Thema noch im Rahmen ernsthafter Verhandlungen diskutieren“, sagte Mottaki.

Nun sind die Veto-Mächte plus Deutschland wieder am Zug. Der Beschluss des Sicherheitsrats vom 31. Juli steht jetzt zur Debatte. In der Resolution 1696 wird Iran aufgefordert, „alle mit der Anreicherung zusammenhängenden Tätigkeiten und alle Wiederaufarbeitungstätigkeiten“ auszusetzen. Sie setzt eine Frist bis zum 31. August, die Auflagen der internationalen Atombehörde zu erfüllen, um „Vertrauen in den ausschließlich friedlichen Zweck seines Nuklearprogramms aufzubauen.“

Das höchste UN-Gremium fordert alle Staaten auf, Iran nichts zu liefern, was er für seine Urananreicherung verwenden könnte. Wenn Iran die Frist nicht einhält, will der Sicherheitsrat „geeignete Maßnahmen nach Kapitel VII Artikel 41“ der UN-Charta beschließen. Dieser Passus ermächtigt die Vereinten Nationen zu wirtschaftlichen und politischen, nicht aber zu militärischen Sanktionen. Falls erforderlich, würden „weitere Beschlüsse notwendig sein“.

Vier Tage vor Ablauf des Ultimatums zeigte sich Ahmadinedschad unnachgiebig. Teheran sei zu keiner Kapitulation und keinen Kompromissen bereit, sagte er. Man werde keinen Drohungen und keiner Gewalt nachgeben und den Weg entschlossen weitergehen. Diese Position bekräftigte er auch auf seiner Pressekonferenz am 29. August in Teheran. Der Präsident kann so forsch auftreten, weil er vor allem weiß, dass sich die Veto-Mächte über die nächsten Schritte nicht einig sind. Während sich Russland und China bereits mehrmals gegen Sanktionen ausgesprochen haben und auch Frankreich und Deutschland eher dazu neigen, den diplomatischen Weg fortzusetzen, plädiert Washington für ein hartes Vorgehen gegen Iran.

Presseberichten zufolge, erwägen die USA, gemeinsam mit ihren Verbündeten an dem Sicherheitsrat vorbei zu operieren. Die „Los Angeles Times“ berichtete am 28. August unter Berufung auf den US-Botschafter bei den UN, John Bolton, die USA seien darauf vorbereitet, eine eigene Koalition von Staaten dazu zu bringen, iranische Vermögenswerte einzufrieren und den Handel mit dem Land einzuschränken. Entscheidend scheint nun, wie sich die EU-Staaten verhalten werden.

Der Druck von außen scheint im Iran das Tabu gebrochen zu haben, offen über den Bau von Nuklearwaffen zu reden. Der Stellvertretende Parlamentspräsident Mohammad Resa Bahonar warnte den Westen davor, Druck aufzubauen. „Seid in Sorge vor dem Tag, an dem das iranische Volk auf die Straße geht und bei Protesten die Regierung zum Bau von Atomwaffen auffordert, um sich gegen die Bedrohung zu wehren“, sagte Bahonar.

Großes Manöver gestartet

Die Eskalation des Atomkonflikts und auch die Entwicklung im Nahen Osten rücken die Möglichkeit einer militärischen Konfrontation immer näher. Iran scheint sich darauf vorzubereiten. Die Streitkräfte haben am 26. August ein großes Manöver zu Land, zur See und in der Luft begonnen. Die Übungen würden in 14 der 30 Provinzen des Landes durchgeführt und bis zu fünf Wochen andauern, berichtete die Nachrichtenagentur IRNA. Gleich am ersten Tag wurde eine neue Kurzstreckenrakete mit einer Reichweite von bis zu 250 km getestet. Die Boden-Boden-Rakete soll der Radarerfassung entgehen können. Andere Raketentests sollen folgen. Beobachter gehen davon aus, dass Iran im Falle der Einleitung von Sanktionen versuchen wird, die Straße von Hormuz am Ausgang des Persischen Golfs für Öltanker zu sperren und damit den Öl-export nach Europa weitgehendst zu unterbinden.

Das Manöver soll aber auch eine Warnung an Israel sein, den seit langem bestehenden Plan zur Bombardierung iranischer Atomanlagen zu realisieren. Wir müsse auf der Hut sein, sagte der Oberbefehlshaber der iranischen Armee, Abdollah Saleh, mit Blick auf die jüngste Entwicklung im Nahen Osten. „Der Feind ist angesichts der Stärke



der Hisbollah übergeschnappt. Wir haben Pläne ausgearbeitet, die unsere Feinde mit Sicherheit überraschen werden."

Perez fordert von der EU mehr Härte gegen Iran

Der stellvertretende israelische Regierungschef Schimon Perez hat Europa ermahnt, schärfer gegen Iran und dessen Verbindungen zum internationalen Terrornetz vorzugehen. „Die wahre Macht Irans liegt in der Schwäche seiner Gegner“, sagte Perez der Bild-Zeitung am 12. August. Terrororganisationen wie die Hisbollah im Libanon seien „nur der verlängerte Arm Teherans“.

Da die Diplomatie versagt habe, müssten Europa und die USA neue Wege finden, um der Bedrohung durch Iran zu begegnen. „Die Europäer haben den USA immer wieder erklärt: Lasst uns das Problem Iran mit Diplomatie lösen! Aber die Diplomatie hat versagt. Die EU muss sich also entscheiden, welchen Weg sie nun gehen will.“

In einem Interview mit dem Fernsehsender France 3 warf Perez Iran vor, ein „religiöses Reich“ im Nahen Osten errichten zu wollen. „Die Welt, Frankreich eingeschlossen, muss etwas tun, um dieses gefährliche Verhalten zu stoppen“, sagte er. Das Problem ist einmal mehr der religiöse Ehrgeiz der Perser“, fügte der Vizeministerpräsident hinzu. „Selbst unter den Arabern sind viele aus diesem Grund gegen die Hisbollah und gegen die iranischen Ambitionen: Man will den Nahen Osten als arabischen Raum erhalten, nicht als iranisches, religiöses Reich.“

Fokus 1-TV: Iraner waren unter getöteten Hisbollah-Kämpfern

Im Libanon-Krieg sind einem Fernsehbericht zufolge auch Mitglieder der iranischen Armee getötet worden. Zwischen den getöteten Kämpfern der libanesischen Hisbollah-Miliz seien Mitglieder einer Eliteeinheit des iranischen Militärs entdeckt worden, berichtete das israelische Fernsehen am 10. August. Es berief sich auf diplomatische Kreise. Während das israelische Militär den Bericht zunächst nicht kommentieren wollte, wies ihn die Hisbollah zurück. Es handele sich um reine Lügen.

Unter ihren Kämpfern seien keine aus der iranischen Armee.

Die Soldaten der iranischen Revolutionsgarde seien an Hand von Dokumenten identifiziert worden, die sie bei sich getragen hätten, teilte der Sender weiter mit. In dem Bericht wurde nicht erläutert, wie viele Leichen und wann diese gefunden worden seien.

Iran hat stets erklärt, seine Unterstützung für die schiitische Hisbollah sei rein moralischer Natur. Israel hingegen ist der Auffassung, viele der Hisbollah-Raketen seien in Iran hergestellt worden. Zudem würden Kämpfer in Iran ausgebildet. Auch die US-Regierung beschuldigt Iran, die Hisbollah aktiv zu unterstützen. Die revolutionäre Garde ist der Hisbollah traditionell eng verbunden. Mitglieder der Einheit wurden in den Jahren nach 1980 im Südlibanon stationiert.

USA verhindern iranische Raketenlieferung nach Syrien

Einem Bericht der Zeitung „USA Today“ zufolge haben die USA am 20. Juli den Weiterflug eines mit Raketen beladenen iranischen Frachtflugzeuges von Damaskus in den Libanon verhindert. Wie die Zeitung in ihrer Ausgabe vom 18. August unter Berufung auf Geheimdienstquellen und einen ungenannten ausländischen Diplomaten berichtet, hätten US-Diplomaten die Regierungen der Türkei und des Iraks davon überzeugen können, wegen mutmaßlicher Nachschublieferungen für die Hisbollah im Libanon die Überflugrechte für die iranische Maschine zu verweigern.

Ein US-Spionage-Satellit habe am 19. Juli auf dem iranischen Luftwaffenstützpunkt Mehrabad bei Teheran die Beladung einer Frachtmaschine mit drei Kurzstreckenraketen sowie acht verdächtigen Kisten registriert, in denen normalerweise chinesische C-802-Raketen verpackt seien. Am folgenden Tag habe die irakische Luftüberwachung die Flugrechte verweigert. Als die Iraner die Türkei baten, ihren Luftraum nutzen zu dürfen, hätte Ankara die Bedingung gestellt, die Maschine bei einer Zwischenlandung zu überprüfen. Daraufhin sei das iranische Frachtflugzeug nach Teheran zurückgekehrt, schreibt die Zeitung.

Israel hat die Hisbollah beschuldigt, mit einer Rakete des Typs C-802 am 14.



Juli ein israelisches Kriegsschiff angegriffen zu haben und behauptet, die Rakete stamme aus dem Iran. Auch die USA haben sowohl Iran als auch Syrien mehrfach vorgeworfen, die Hisbollah zu finanzieren und mit modernen Waffensystemen auszurüsten.

Ex-Generäle fordern Bush zu Kurswechsel in Nahost-Politik auf

Eine Gruppe von früheren US-Diplomaten und Generälen hat US-Präsident George W. Bush in einem offenen Brief zu einem Kurswechsel in seiner Nahost-Politik aufgefordert. „Als ehemalige führende Militärs und Mitarbeiter der Außenpolitik rufen wir die Bush-Regierung auf, unverzüglich und ohne Vorbedingungen direkte Gespräche mit der Regierung des Iran aufzunehmen, um die derzeitige Krise im Nahen Osten zu überwinden“, hieß es in dem am 18. August veröffentlichten Brief, den 21 frühere Führungskräfte wie US-General a. D. Joseph Hoar unterzeichnet hatten. Von einem militärischen Einsatz gegen Iran rieten die Unterzeichner dringend ab: „Die derzeitigen Krisen müssen diplomatisch gelöst werden, nicht durch einen Militäreinsatz.“

Die US-Regierung verhindere Gespräche über den Nahen Osten, „indem sie jeden, der von ihrer Meinung abweicht, beschuldigt, illoyal zu sein oder irgendwie den Terroristen zu helfen“, sagte ein früherer Ministerialdirektor aus dem US-Außenamt, Morton Halperin, der den offenen Brief ebenfalls unterschrieben hatte, in einer Telefonkonferenz mit Journalisten. Indem die US-Regierung Gespräche mit Syrien, Iran und Nordkorea ablehne, bringe sie die Sicherheit des Landes in Gefahr, sagte Halperin.

Derzeit mehrt sich die Kritik von Demokraten und Republikanern an Bushs Nahost-Politik. Der frühere US-Botschafter bei den Vereinten Nationen, Richard Holbrooke, hatte eine Woche zuvor in einem Kommentar in der „Washington Post“ vor einer „Kettenreaktion“ gewarnt. Angesichts der Krisen im Libanon und Irak sei eine Reaktion zu befürchten, „die sich fast überall zwischen Kairo und Bombay“ ausbreiten könne. „Aus diesem Chaos ziehen nur Iran, die Hisbollah, El Kaida und der irakische Schiitenführer Muktada Sadr Nutzen“, schrieb Holbrooke.

Iran will Nahen Osten ohne Einmischung von USA und Briten

Irans Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad hat ein Ende des Einflusses der USA und Großbritanniens auf den Nahen Osten gefordert. Dies ist das Kernstück seiner Vision eines „Neuen Nahen Ostens“, mit der er sich gezielt gegen Aussagen der US-Regierung über die Zukunft der Region wandte. „Tatsache ist, dass auch unsere Nationen einen neuen Nahen Osten wollen“, sagte Ahmadinedschad am 16. August auf einer Kundgebung im Nordwesten Irans. „Der Nahe Osten, den unsere Nationen wollen, ist ein freier Naher Osten, frei von der Vorherrschaft Amerikas und Großbritanniens.“

Zuvor hatte US-Außenministerin Rice den Libanon-Krieg als Geburtswehen eines neuen Nahen Ostens bezeichnet und damit heftige Kritik in der arabischen Welt ausgelöst. Viele Menschen in der Region verurteilten zudem den Einmarsch von USA und Großbritannien in den Irak und deren Zurückhaltung, in der Libanon-Krise einen schnellen Waffenstillstand zu erreichen.

Über Israel sagte Ahmadinedschad: „Sie haben Libanon als Auftakt des neuen Nahost-Plans angegriffen. Sie haben angenommen, dass sie ihre Macht verstärken können, indem sie die Einheit und den Widerstand der libanesischen Nation zerbrechen und ihren Einfluss auf den Rest des Nahen Ostens ausweiten“, sagte der Präsident. „Ich möchte aber hier bekannt geben, dass sie nicht davon ausgehen sollen, dass ein Waffenstillstand ein Ende der Krise bedeutet.“

Arabische Presse greift Iran an

Es ist kein Geheimnis, dass das Erstarken der Position Irans in der Region auf Seiten der arabischen Staaten mit zunehmender Skepsis und Furcht beobachtet wird. Die Entwicklung im Irak und die Machübernahme durch die Schiiten, der Wahlsieg der Hamas in Palästina und die Rolle der Hisbollah im Libanon haben Irans Position im Nahen Osten erheblich gestärkt. Die arabischen Staaten befürchten, dass Irans Einfluss nun auch in den Golfstaaten zunimmt. Die Internetzeitung „Aftab“ hat einige Stimmen aus der arabischen Presse gesammelt, die wir hier gekürzt wiedergeben.



Die in London erscheinende arabische Tageszeitung „al schargh al osat“ behauptet, die Geiselnahme der beiden israelischen Soldaten durch die libanesische Hisbollah sei von Damaskus und Teheran geplant worden. Die beiden Staaten behandelten Libanon und Palästina wie Spielbälle, die sie entsprechend ihrer Interessen einsetzten.

Die in Kairo erscheinende Tageszeitung „al Ahram“ meinte, die Gleichzeitigkeit der Geiselnahme der beiden israelischen Soldaten mit der Einschaltung des UN-Sicherheitsrats im iranischen Atomstreit beweise, dass Iran die Hisbollah für eigene Interessen instrumentalisiert habe. Dieselbe Politik verfolge Iran in Palästina und im Irak.

Der Chefredakteur von „al schargh al osat“, Sadgh al Hamid, äußerte die Auffassung, es sollte darauf geachtet werden, dass die Interessen arabischer Staaten nicht zugunsten fremder Staaten verspielt werden. Dies habe die Hisbollah getan.

„Al Djomhuri“, das Organ der ägyptischen Regierung, schreibt, in Zukunft werde die arabische Welt mit zwei Staaten zu ringen haben, mit Iran und den USA. Er wirft Iran vor, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die arabische Welt zu spalten. Hisbollah und Hamas gehörten zu diesen Hebeln. „Iran und die USA führen einen Wettkampf gegeneinander, aber die Spieler sind Araber“, schreibt die Zeitung. „Keine Seite möchte sich die Hände schmutzig machen. Sie ziehen es vor, die Araber zu opfern.“

Hazem Abdol Rahman schreibt in derselben Zeitung: „Lasst mich zum tausendsten Mal sagen, Iran ist bestrebt, seine Hegemonie in der arabischen Welt auszuweiten und benutzt die Hamas und die Hisbollah als Trojanische Pferde.“

Auch die palästinensische Zeitung „al Ayyam“ meint, Hisbollah und Hamas werden von Damaskus und Teheran als Faustpfand im Streit mit den USA benutzt.

Die saudische Zeitung „al Watan“ schreibt, die Araber hätten schon lange vor dem Ausbruch des Libanon-Kriegs die Hisbollah entwerfen müssen. Sie sei von Iran instrumentalisiert worden, um vom Atomkonflikt abzulenken.

Die kuwaitische Zeitung „Arab Times“ bezeichnet Hamas und Hisbollah als Handlanger Irans und Syriens. Ihnen seien die Interessen arabischer Staaten völlig gleichgültig. Ausschlaggebend für sie seien die Belange Syriens und Irans.

Standort für Abfangraketen in Europa

Die zuständige US-Behörde will in den kommenden Monaten Standorte für Abfangraketen in Europa vorschlagen, mit denen mögliche iranische Angriffe verhindert werden sollen. US-Teams hätten bereits in den vergangenen Monaten verschiedene mögliche Orte unter die Lupe genommen, unter anderem in Tschechien und in Polen, sagte General Henry Obering, Chef der US-Raketenabwehrbehörde, am 16. August. Am Standort müsse etwa der Boden für Raketenilos geeignet sein und er müsse über genügend Infrastruktur verfügen. Informationen würden derzeit gesammelt und in den nächsten Monaten vorliegen. Der Zeitpunkt für die endgültige Entscheidung stehe noch nicht fest.

Die USA planen, bis 2011 zehn Abfangraketen in Europa zu stationieren. Bisher hat der Kongress aber noch kein grünes Licht für die Finanzierung gegeben. Das europäische Projekt wäre der erste Teil des im Versuchsstadium befindlichen Raketenabwehr-Programms, der nicht in den USA liegt. Die Pläne für die Raketenabwehr sind umstritten. Von zehn Tests waren bisher nur fünf erfolgreich. Ein nächster Versuch ist für Ende August geplant. Iran hat bisher nur Raketen mit einer Reichweite von rund 1300 Kilometern getestet. Die USA glauben, dass Teheran an leistungsfähigeren Geschossen arbeitet.

US-Armee - Keine Hinweise auf iranische Aktivitäten im Irak

Die USA haben nach eigenen Angaben keine Hinweise darauf, dass Iran als Reaktion auf den Libanon-Krieg Unruhen im Irak geschürt hat. Ein Militärsprecher trat in Bagdad solchen Spekulationen entgegen.

„Wir haben nichts gefunden, was auf iranische Aktivitäten im Irak deutet“, sagte Generalmajor William Caldwell am 14. August in Bagdad. US-Regierungsvertreter hatten vermutet, die Regierung in Teheran könnte als



Reaktion auf die US-Unterstützung des israelischen Krieges gegen die von Iran unterstützte libanesische Hisbollah-Miliz, Extremisten im Irak zu Unruhen bewegen.

Caldwell räumte zwar ein, dass im Irak erst kürzlich im Nachbarland Iran gefertigte Waffen gefunden worden seien. Auch seien vermutlich „einige schiitische Elemente“ in Iran ausgebildet worden. Allerdings seien der Umfang dessen und die Beteiligung der iranischen Regierung unklar. Mehrere einflussreiche Schiiten-Milizen im Irak, wie die Mehdi-Miliz des radikalen Predigers Muktada al-Sadr, haben seit langem enge Kontakte nach Teheran. Der US-Botschafter im Irak, Zalmay Khalilzad, hatte eine Woche zuvor gesagt: „Iran hat die Hisbollah im Libanon. Iran hat einige Kräfte hier. Es besteht die Möglichkeit, dass er diese Kräfte benutzt, um hier eine zunehmende Instabilität zu schaffen.“

USA verweigern Dutzenden Iranern die Einreise

Mehrere Dutzend Studienabsolventen der Technischen Universität Scharif in Teheran, die aus verschiedenen Ländern kommend, zur Teilnahme an einem Jahrestreffen in Santa Clara (Kalifornien) in die USA einreisen wollten, wurden trotz gültigem Visum zurückgewiesen. „Gleich nach unserer Ankunft stand ein Beamter mit einer Passagierliste in der Hand an der Rolltreppe. Wir wurden von den anderen Passagieren getrennt“, berichtete ein Betroffener der BBC. „Wir wurden gefragt, ob wir Englisch sprechen und ob wir an dem Jahrestreffen teilnehmen wollen. Dann erklärte ein Beamter, unsere Visa seien ungültig. Der Grund sei ihm unbekannt. Wir müssen mit der nächsten Maschine zurückfliegen.“

Ein anderer berichtete, dass er zusammen mit einigen Iranern in ein Gefängnis nahe des Flughafens gebracht worden sei, da es für sein Herkunftsland am gleichen Tag keinen Rückflug gegeben habe. Vorher habe man ihm alle Reisedokumente und sein Geld abgenommen und Handschellen angelegt.

Um Stellungnahme zu dem Vorfall geben, sagte ein Vertreter des Außenministeriums der BBC lediglich: „Die Einreiseerlaubnis wird von Fall zu Fall erteilt. Die Entscheidung hängt von der jeweiligen Person ab.“